

Bundshaushalt

Christian Lindner plant Teilreform der Schuldenbremse

Der Bundesfinanzminister will die Berechnung der maximal erlaubten Schuldenaufnahme ändern. Anlass für eine Vertrauensfrage durch Kanzler Olaf Scholz sieht er nicht.

16. Dezember 2023, 1:01 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, AFP, mp / [59 Kommentare](#) /



Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) © Kay Nietfeld/dpa

Bundesfinanzminister [Christian Lindner](https://www.zeit.de/thema/christian-lindner) [<https://www.zeit.de/thema/christian-lindner>] will im kommenden Jahr die [Schuldenbremse](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/bundshaushalt-schuldenbremse-haushaltsjahr-nachtragshaushalt) [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/bundshaushalt-schuldenbremse-haushaltsjahr-nachtragshaushalt>] verändern, um die Höhe der möglichen Verschuldung besser an Konjunkturschwankungen anzupassen. **Es sei geplant, die Berechnung der sogenannten Konjunkturkomponente, die bei einem Abschwung mehr Spielraum lasse, zu überarbeiten, sagte der FDP-Chef dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).** Das habe aber nichts mit der aktuellen Haushaltssituation des Bundes zu tun.

"Es ist beabsichtigt, die Berechnung an den aktuellen Stand der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung anzupassen, was die Schwankungsbreite verändern wird", sagte Lindner. "Das vergrößert aber über mehrere Jahre gesehen nicht die mögliche Verschuldung. **Denn der größere Spielraum im Abschwung wird im Aufschwung wieder eingesammelt**", sagte er. **Die Reform wolle er 2024 angehen.**

Mehr zum Thema

Haushaltskrise

Bundesagentur für Arbeit

Nahles sieht "verlässliche Zusammenarbeit" mit der Regierung belastet

[<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/andrea-nahles-bundesagentur-arbeit-kritik-bundesregierung>]

Protest gegen Sparmaßnahmen

Bauernproteste behindern Verkehr in mehreren Bundesländern

[<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/bauernproteste-landwirte-traktoren-demonstration-verkehr-agrardiesel>]

49-Euro-Ticket

Deutschlandticket gilt doch weiterhin in Stendal

[<https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-12/deutschlandticket-stendal-haushalt-verkehr-finanzierung>]

Weitere Beiträge → [<https://www.zeit.de/thema/bundshaushalt>]

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse [<https://www.zeit.de/thema/schuldenbremse>] steht nach dem Haushaltschaos beim Bund in der Kritik, weil sie nur einen bestimmten Spielraum zur Aufnahme von Krediten gibt. Für eine größere Reform, die SPD und Grüne fordern, ist sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit nötig. Die FDP und weite Teile der Union stemmen sich aber dagegen. Für eine Anpassung der Konjunkturkomponente ist laut RND keine Grundgesetzänderung nötig. Es reiche die Mehrheit der Ampelkoalition, weil dazu lediglich die Ausführungsgesetze der Schuldenbremse novelliert werden müssten.

Lindner lehnt Vertrauensfrage im Bundestag ab

Am Mittwoch hatten sich die Spitzen der Ampel nach langen Verhandlungen darüber geeinigt, wie nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts fehlende Milliardensummen im Bundshaushalt [<https://www.zeit.de/thema/bundshaushalt>] für 2024 sowie im Klima- und Transformationsfonds ausgeglichen werden sollen. Maßnahmen wie die Erhöhung des CO₂-Preises [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/bundestag-bundshaushalt-co2-preis-tanken-heizen>] und die vorgesehene Streichung von Steuervergünstigungen beim Agrardiesel stoßen auf Protest. Lindner sagte nun dem RND zum Thema Agrardiesel: "Um es klar zu sagen, ich

bin kein Freund der Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe." Deshalb werde man miteinander in Regierung und Koalition sprechen müssen. "Ich bin für Alternativen offen", sagte er.

Lindner deutete gleichzeitig Bedenken gegen den Beschluss der Ampel-Spitzen an, bei Inlandsflügen eine Kerosinsteuer zu erheben. Das Argument der Luftfahrtwirtschaft, die Nachteile deutscher gegenüber ausländischen Fluggesellschaften befürchtet, "prüfen wir sehr sorgfältig", sagte der Finanzminister und FDP-Chef. "Eine Benachteiligung deutscher Unternehmen soll es nicht geben."

Die Forderung von CDU-Chef Friedrich Merz, Bundeskanzler Olaf Scholz solle im Januar im Bundestag die Vertrauensfrage [<https://www.zeit.de/thema/vertrauensfrage>] stellen, wies Lindner zurück. "Die Vertrauensfrage müsste ein Kanzler stellen, wenn er sich seiner Mehrheit nicht mehr sicher wäre", sagte Lindner. "Doch der Haushalt 2024 steht [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/bundestag-nachtragshaushalt-spd-gruene-fdp-ampel>], und der Kanzler muss keinen Zweifel an der Mehrheit für seine Regierung im Parlament haben."